

Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

Festzuschüsse	Umgang mit Beschwerden	Zwei in Einem	ADT Sindelfingen
Die erste Etappe bei der Umsetzung des Festzuschuss-Konzepts wurde erreicht – Wie geht es nun weiter?	Nicht nur Qualität allein überzeugt Laborkunden heutzutage, auch ein professionelles Beschwerdemanagement ist wichtig.	Verblendwerkstoff CERAMAGE setzt neue Maßstäbe – vereint die Vorteile von Keramik und Komposit.	33. Fortbildungsklassiker präsentierte wirtschaftliche Lösungen – rund 1.200 Besucher beim dreitägigen Vortragsmarathon.
ZT Politik_4	ZT Wirtschaft_7	ZT Technik_9	ZT Service_13

Abschluss der Verhandlungen im Gemeinsamen Bundesausschuss **Einigung über Festzuschüsse**

Krankenkassen und Zahnärzte erzielen Konsens bei Regelversorgung mit Zahnersatz.

Berlin/Köln/ots (cs) – Nach rund achtstündigen Verhandlungen im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) haben sich Krankenkassen und Zahnärzteschaft in Köln auf die Grundzüge der künftigen Regelungen zum Zahnersatz geeinigt. Demnach werden die gesetzlichen Kassen ab Januar 2005 je nach Befund einen festen Zuschuss zu den anfallenden Behandlungskosten erstatten. Alles was über diesem Betrag liegt, hat der Versicherte selbst zu zahlen.

Maßgeblich für die Höhe der Kassenleistung ist dann nicht mehr die individuelle Versorgung im Einzelfall, sondern diejenige Versorgung, die üblicherweise bei einem bestimmten Gebissbefund angewandt wird – die so genannte Regelversorgung. Vorteil für den Patienten dabei ist, dass er den Zuschuss in den meisten Fällen auch dann erhalten soll, wenn er statt der Standardversorgung (z.B. herausnehmbare Prothese) eine andere Versorgung (z.B. fester Zahnersatz) wählt. Wie sich jedoch die Befunde, für die Festzuschüsse gewährt werden, bzw. die dazugehörigen Regelversorgungen im Einzelnen gestalten, muss vom GBA laut Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung noch genau definiert werden. Diese Details blieben bei der bisherigen Sitzung noch offen.

Ab Januar 2005 soll es statt der heutigen prozentualen Zuschüsse für jede Diagnose einen Festzuschuss geben. Der Versicherte erhält dann einen bestimmten Geldbetrag.

Der Festzuschuss kann sowohl für den im gesetzlichen Leistungskatalog festgeschriebenen Zahnersatz eingesetzt werden, als auch – und das ist neu – für Implantatsuprastrukturen.

Da ab 2005 der Zuschuss des Arbeitgebers zum Zahnersatz entfällt, haben die Versicherten einen eigenen monatlichen Beitrag zu zahlen.

Zahnersatzleistungen können ab 2005 wahlweise gesetzlich oder privat versichert werden. Wurde eine private Police abgeschlossen, ist der Weg zurück in die GKV ausgeschlossen.

Künftig soll es eine Härtefallregelung geben, wonach sozial Schwache auch künftig im Sozialsystem eine Regelversorgung ohne Zuschüsse erhielten.

ZT Was ändert sich?

- Ab Januar 2005 soll es statt der heutigen prozentualen Zuschüsse für jede Diagnose einen Festzuschuss geben. Der Versicherte erhält dann einen bestimmten Geldbetrag.
- Der Festzuschuss kann sowohl für den im gesetzlichen Leistungskatalog festgeschriebenen Zahnersatz eingesetzt werden, als auch – und das ist neu – für Implantatsuprastrukturen.
- Da ab 2005 der Zuschuss des Arbeitgebers zum Zahnersatz entfällt, haben die Versicherten einen eigenen monatlichen Beitrag zu zahlen.
- Zahnersatzleistungen können ab 2005 wahlweise gesetzlich oder privat versichert werden. Wurde eine private Police abgeschlossen, ist der Weg zurück in die GKV ausgeschlossen.
- Künftig soll es eine Härtefallregelung geben, wonach sozial Schwache auch künftig im Sozialsystem eine Regelversorgung ohne Zuschüsse erhielten.

(Quelle: Novitas BKK/Grafik: Oemus Media AG)

ZT Politik_4

Große Resonanz beim diesjährigen Sindelfinger Vortragsmarathon **„Einfach und gut“ im Trend**

Großes Interesse bei der 33. Tagung der Arbeitsgemeinschaft Dentale Technologie e.V. vom 10.–12. Juni in der Sindelfinger Stadthalle. Rund 1.200 Besucher informierten sich in 27 Kurzvorträgen über Qualität, wirtschaftliche Lösungen und interdisziplinäre Zusammenarbeit.



Selbst in den Vortragspausen informierten sich die Tagungsteilnehmer über zahntechnische News.

Sindelfingen (nb) – Weniger Innovationen dafür jedoch reichlich Information sowie einen Überblick über den momentanen Stand der Zahntechnik und -medizin boten die zahlreichen Referenten dem internationalen Publikum. Auch dieses Jahr lockte neben den Fachvorträgen die

Aussicht auf einen kollegialen, fachlichen Austausch und ein geselliges Miteinander wieder zahlreiche Besucher von weither in die Weberstadt.

„Einfache prothetische Lösungen und Qualität – kein Widerspruch“ und „Interdisziplinäre Zusammenarbeit

mit restaurativer Therapie“ waren die Themen, die den dreitägigen Sindelfinger Vortragsmarathon beherrschten. Kein leichtes Motto und doch gelang es zahlreichen Referenten, diese Vorgabe hervorragend umzusetzen.

Die Entdeckung der Einfachheit

Wie ein perfekter passiver Sitz mit Hilfe eines Funkenerosionsverfahrens erzeugt werden kann, war Thema des Teamvortrags von ZTM Günter Rübeling, Bremerhaven, ZTM Andreas Klar, Berlin und Priv.-Doz. Dr. Roman Gomez, Tübingen. Ein ungünstig gesetztes Implantat kann ästhetisch versorgt werden, das bewies Dipl.-ZT Olaf van Iperen, Wachtberg, mit seiner VIP-Crown-Technik.

ZT Service_13

Zwangsabgabe mit Bündnis für Ausbildung vorerst auf Eis gelegt **Ausbildungspakt beschlossen**

Das Handwerk soll 30.000 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Gegen den allgemeinen Trend zeigen Ausbildungsstatistiken aber schon jetzt eine positive Entwicklung im ZT-Handwerk.

(kh) – Nach monatelangem Streit um die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe unterzeichneten Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, Bildungsministerin Edelgard Bulmann und Spitzenvertreter der Wirtschaftsverbände Mitte Juni einen Ausbildungspakt.

In dem Abkommen verpflichten sich Wirtschaft und Bundesregierung „allen ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten“. Die Arbeitgeber gaben ihre Zusage, während der dreijährigen Laufzeit des Paktes jeweils 30.000 neue Lehrstellen pro Jahr „einzuwerben“. Zudem sollen jährlich 25.000 Praktika angeboten werden. Auch die Bundesregierung verpflichtet sich in dem Bündnis zu mehr Ausbildung. So soll die Zahl der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung noch in diesem Jahr um 20 Prozent erhöht werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigte sich zufriede-

den: „Dies ist ein guter Tag für die jungen Leute und für die Zusammenhaltkräfte der Gesellschaft“, sagte er bei der Unterzeichnung des Ausbildungspaktes. Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering begrüßte das Zustandekommen des Bündnisses ebenfalls und versicherte den Wirtschaftsverbänden, die Anfang Mai im Bundestag beschlossene Ausbildungsplatzabgabe zunächst ruhen zu lassen. Erst im Herbst 2005 wird eine Entscheidung darüber gefällt, ob der Pakt zwischen den Beteiligten weitergeführt und ob „es ergänzender gesetzlicher oder sonstiger Initiativen bedarf“. Scharfe Kritik am vorläufigen Aus der umstrittenen Ausbildungsumlage kam hingegen von den Gewerkschaften. Diese rügten vor allem, dass die Wirtschaft keine einklagbaren Zusagen abgeben wolle. So heißt es im Vertragstext lediglich, dass sich die Gesamtzahl der Lehrstellen „möglichst erhöhen“ solle. Die stellvertretende

Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Margret Mönig-Rahne, zeigte sich im WDR skeptisch, ob die Wirtschaft die Vereinbarung einhalten werde. Zudem verpflichten sich die Arbeitgeber zwar, neue Lehrstellen „einzuwerben“, eine Garantie für zusätzliche Plätze geben sie damit jedoch nicht. Während noch über Sinn und Unsinn der Vereinbarung diskutiert wird, zeigt sich der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) bereits kämpferisch. Das Handwerk nehme die Ziele des Ausbildungspaktes ernst, sagte ZDH-Präsident Dieter Philipp. Der Verband werde jeden Betrieb ansprechen, der bereits ausgebildet hat oder potenziell ausbilden kann. Dennoch könnten zurzeit keine genauen Zahlen genannt werden, wie viele der zugesagten 30.000 Lehrstellen bis Ende des Jahres zur Verfügung gestellt werden können.

ZT Politik_2

ANZEIGE

